

diesen Gründen wird in vielen Parlamenten die Feststellung gemacht, dass sich das Instrument der Anfrage überwiegend zu einer *Waffe der Opposition* entwickelt hat.¹⁰

In beiden Parteien des liechtensteinischen Landtags wird der grösste Teil der Anfragen in den *Fraktionssitzungen* zur Sprache gebracht, obwohl die Abgeordneten dazu nicht verpflichtet sind.¹¹ Bei dieser Vorbesprechung geht es darum, die politische Opportunität der Frage abzuklären und sicherzustellen, dass mit der Anfrage nicht eine offene Tür eingerannt wird und der Abgeordnete sich damit blamiert. Falls ein Ressort der eigenen Partei betroffen ist, wird in der Fraktionssitzung das Regierungsmitglied über die beabsichtigte Frage informiert, so dass die Antwort vorbereitet werden kann. Nach Aussagen der Abgeordneten findet indessen keine Zensur durch die Fraktion statt. Allenfalls erteilt ein Regierungsmitglied den «Rat», eine Frage zu verschieben oder umzuformulieren.

In einigen Fällen sind es auch die Regierungsräte, welche zu bestimmten Themen vor der Öffentlichkeit Stellung nehmen möchten und in der Fraktionssitzung um eine entsprechende Frage im Landtag ersuchen. Diesem Ansinnen wird regelmässig entsprochen. Wenn ein Abgeordneter – aus Profilierungsgründen – eine Anfrage vorbringen möchte, ihm aber kein geeignetes Thema einfällt, kommt es vor, dass die Regierungsmitglieder gefragt werden, «was man denn fragen könnte».¹²

c) *Behandlung im Plenum*

aa) Fragestellung

Das *Verfahren* der Anfrage im liechtensteinischen Landtag gestaltet sich vergleichsweise einfach: Jeder einzelne Abgeordnete kann ohne förmliche Voranmeldung mündliche Fragen¹³ stellen. Diese werden am Ende der Vor-

¹⁰ So stellt RUTSCHKE, 196, für die Kleine Anfrage in der BRD einen Anteil der Opposition von 82 Prozent fest. Vgl. auch ASCHAUER, 47.

¹¹ Vgl. die Situation in der Bundesrepublik Deutschland, wo gemäss der Fraktionsgeschäftsordnung der Sozialdemokratischen Partei (SPD) die Abgeordneten ihre Fragen in sechsfacher Ausführung einem parlamentarischen Geschäftsführer vorlegen müssen, der die Fragen nach formalen Ansprüchen und strategischen Erfordernissen prüft, sie zurückweisen oder auf Änderungen bestehen kann. STÄDLER, 178.

¹² Befragung.

¹³ Am 6.4.1988 (LT Prot 88 I 204) machte Landtagspräsident Karlheinz Ritter die Anregung, bei mündlichen Fragen den betroffenen Regierungsmitgliedern den schriftlichen Text der Frage zu überlassen. Bei längeren Fragen sei es oft nicht einfach, die Fragen während des Vortrags mitzunotieren.